
André Hahn

Geschichte und Szenarien der Übersiedlung

“Für die Deutschen in der ehemaligen DDR ist die Vereinigung ein täglicher, sie ganz unmittelbar und persönlich berührender existentieller Prozeß der Umstellung. Das bringt oft übermenschliche Anforderungen mit sich. Eine Frau schrieb mir, sie seien tief dankbar für die Freiheit und hätten doch nicht gewußt, wie sehr die Veränderung an die Nerven gehe, wenn sie geradezu einen Abschied von sich selbst verlange. Sie wollten nichts sehnlicher, als ihr Regime loszuwerden. Aber damit zugleich fast alle Elemente des eigenen Lebens von heute auf morgen durch etwas Neues, Unbekanntes ersetzen zu sollen, übersteigt das menschliche Maß.”

Richard von Weizsäcker, Rede anlässlich des Staatsaktes zum Tag der Deutschen Einheit in der Philharmonie zu Berlin am 3. Oktober 1990

Zahlen, Fakten und Schätzungen: Wanderungsbewegungen von Ost- nach Westdeutschland

Da sich Wissenschaftler stets um begriffliche Klarheit bemühen, um deutlich zu machen, worüber sie eigentlich reden, müßte man im vorliegenden Fall zunächst einmal die Frage klären, was eigentlich unter Migration verstanden werden soll. Ohne hier auf das Dilemma unterschiedlicher Definitionsansätze eingehen zu wollen, läßt sich ein gemeinsamer Nenner ausmachen. Migration ließe sich demnach als die räumliche Mobilität von Menschen verstehen. Diese Mobilität ist mit dem vorübergehenden oder permanenten Wechsel des Wohnsitzes verbunden und hat die Verlagerung sämtlicher Aktivitäten wie Wohnen, Arbeiten, Bildung, Freizeitgestaltung usw. in das Zielgebiet zur Folge (vgl. Wagner, 1989, S. 25f). Migration ist ein Verhalten von Individuen und kleineren sozialen Gruppen, insbesondere Familien, und Resultat eines Entscheidungsprozesses, bei dem eine Vielfalt von “Beweg”-gründen eine Rolle spielt. Soziologen sprechen hier von “Push-and-pull factors”, also Schub- und Ziehkraften. Meist handelt es sich um objektive Gegebenheiten eines Landes oder einer Region wie ökonomische oder politische Bedingungen, die sich sowohl unmittelbar als auch mittelbar über Konsequenzen der Bedingungen auf die individuellen Lebensumstände (negativ) auswirken. In der Regel von Interesse sind jedoch weniger die kleinen privaten Migrationen als vielmehr massenhafte Bewegungen, da diese als universelle Reaktion auf bestehende Probleme eines

ganzen Landes begriffen werden. Was seinen Ursprung in dem Wunsch nach Besserung der individuellen Lebensbedingungen hat, führt auf globaler Ebene zu einem Spannungsausgleich entweder zwischen unterschiedlichen Ländern oder innerhalb eines Landes. Wanderungsbewegungen zwischen zwei Ländern, die sich auch immer hinsichtlich ihrer Organisation gesellschaftlichen Miteinanders unterscheiden, bezeichnet man als *Außenmigration*. Wanderungsbewegungen innerhalb eines Landes entsprechend als *Binnenmigration*. Daher stellt die Abwanderung Ostdeutscher nach Westdeutschland eine Außenmigration dar, auch wenn Deutsche von Deutschland nach Deutschland "umziehen". Ronge (1992, S. 54) geht sogar soweit, die innerdeutsche Übersiedlung als "Zuwanderung von Ausländern — unter gewissen erleichterten Bedingungen" zu betrachten. Er zielt damit auf eine klare Abgrenzung zur Binnenmigration. Amtliche Wanderungsstatistiken werden seit der Gründung der beiden deutschen Staaten im Jahre 1949 geführt (am 7. Oktober 1949 wurde die DDR gegründet, nur knapp zwei Monate nach den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag am 14. August 1949).

Übersiedler gibt es rechtlich seit dem Inkrafttreten des Notaufnahmegesetzes vom 22. August 1950. Übersiedler sind demnach deutsche Staatsangehörige und deutsche Volkszugehörige, die die DDR und Berlin (Ost) verlassen haben, um nach § 1 des Aufnahmegesetzes ständigen Aufenthalt in der Bundesrepublik (einschließlich dem Land Berlin) zu begründen (vgl. Fleischer & Proebsting, 1989). Wir erwähnen das hier, weil Übersiedler häufig mit Aussiedlern verwechselt werden. Aussiedler sind zwar auch deutscher Staats- oder Volkszugehörigkeit, ihr Wohnsitz liegt allerdings in den ost-europäischen Aussiedlungsgebieten (z. B. Polen, Ungarn, Tschechoslowakei), die als Resultat der Vertreibung nach dem zweiten Weltkrieg entstanden sind. Die Aufnahme der Aussiedler regelt das Bundesvertriebenengesetz (BVFG). Auf die Aussiedlungsbewegung, die zwischen 1950 und 1989 rund zwei Millionen Menschen nach Deutschland brachte, wird jedoch nicht eingegangen (vgl. Adamy, 1990; Andres-Wilhelm, 1990; Fleischer & Proebsting, 1989; Haberland, 1991; Schwab, 1990; Zenke, 1989). Die häufig anzutreffenden Verwechslungen von Aus- und Übersiedlern rühren wahrscheinlich auch daher, daß das Bundesministerium des Inneren zwischen Übersiedlern und Flüchtlingen aus der DDR unterscheidet. Letztere finden nämlich ebenfalls nach dem BVFG (§ 3) Aufnahme in der BRD. Flüchtlingen stehen darüberhinaus andere, weitergehende Leistungen zur Verfügung als Übersiedlern (vgl. Evangelischer Pressedienst, 1989, S. 33ff). In den Notaufnahmelagern in Gießen und Berlin-Marienfelde wurden die Übersiedler aus der DDR seit September 1949 gezählt und statistisch vom Bundesausgleichsamt erfaßt.

Die Dynamik der Übersiedlerströme bis zum Jahr der "Wende" (1989) im Überblick

Seit der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 bis zu ihrer Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 verliefen die Wanderungen fast ausschließlich von Ost nach West. Insgesamt haben in diesem 40jährigen Zeitraum 5,2 Mil-

lionen Menschen die DDR verlassen, wobei im gleichen Zeitraum nur etwa 471.000 Personen in die DDR zogen. Das Wanderungssaldo entspricht etwa der Einwohnerzahl Finnlands (1985: 4,9 Millionen). Die DDR hat damit während ihres Bestehens fast 20 % ihrer Bevölkerung von 1949 an den anderen deutschen Staat verloren (Wendt, 1991).

In der Dynamik der Übersiedlungszahlen (vgl. Abbildung 1) spiegeln sich die jeweiligen politischen und ökonomischen Verhältnisse in der DDR wider. Zum Verständnis der Konstanz einerseits und der enormen Variabilität der Wanderungen andererseits lassen sich offensichtlich zwei Faktorengruppen trennen: (a) punktuelle Ereignisse und politische Entscheidungen, sowie (b) systembedingte ökonomische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Betrachtet man Abbildung 1, so fällt zunächst der drastische Rückgang der jährlichen Flüchtlingszahlen im Jahre 1962 ins Auge. Der Grund ist einfach. Noch in der Ära Ulbricht wurde, übrigens unter organisatorischer Leitung Honeckers, am 13. August 1961 mit der Errichtung des "antifaschistischen Schutzwalls", sprich der *Mauer*, begonnen. Bedenkt man, daß Ulbricht noch am 16. Juni 1961 im *Neues Deutschland* verkündete, "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten", so wird vielleicht deutlich, was mit den oben erwähnten "gesellschaftlichen Rahmenbedingungen" im Detail gemeint sein kann. Bis zum Mauerbau fanden damit etwa 2,56 Millionen Deutsche aus der DDR Aufnahme in der Bundesrepublik. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Migration — wenngleich auch aufgrund der offenen Grenzen (insbesondere in Berlin) leicht — illegal oder zumindest nur halb-legal (vgl. Büttner & Prinz, 1991).

Die Entwicklung der Übersiedlerströme verläuft bis zum Jahr 1961 wie eine "Fieberkurve" (Ulrich, 1990), die den jeweiligen Zustand des "Organismus DDR" widerspiegelt. Natürlich kann hier nicht die gesamte Geschichte der DDR im Zusammenhang mit der Übersiedlerbewegung analysiert werden. Dies ist wohl eher die Aufgabe von Soziologen, Historikern oder Demographen. Man würde wahrscheinlich ohnehin nur zu dem Ergebnis kommen, daß sich die DDR bis 1961 in einer (wohl nicht erkannten) permanenten Gesellschaftskrise befunden hat (Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, 1961). Betrachtet man exemplarisch einmal die Umstände um das Jahr 1953, in welchem die bis dahin höchsten Flüchtlingszahlen (331.390; vgl. Abbildung 1) registriert wurden, so wird eine Reihe von Fluchtgründen deutlich. Am 26. Mai 1952 wurde die Zonengrenze weitgehend gesperrt (außer Berlin). Da beschloß die SED im Juli 1952 im Rahmen des Generalplans "Aufbau des Sozialismus", die Kollektivierung der Landwirtschaft massiv zu forcieren. Die Folge: die Übersiedlungszahlen bei den Bauern verdreifachten sich sofort. Auch dies trug dazu bei, daß Anfang 1953 die Wirtschaftspläne nicht erfüllt werden konnten. Die Versorgung mit Lebensmitteln und Konsumgütern hatte sich erheblich verschlechtert. Gleichzeitig wurden die Steuersätze erhöht. Auch wurden beispielsweise Teilen der selbständigen Handwerkerschaft Lebensmittelkarten verweigert. Am 25. Februar wurden dann auch noch die Erschwernisse im innerdeutschen Reiseverkehr wirksam.

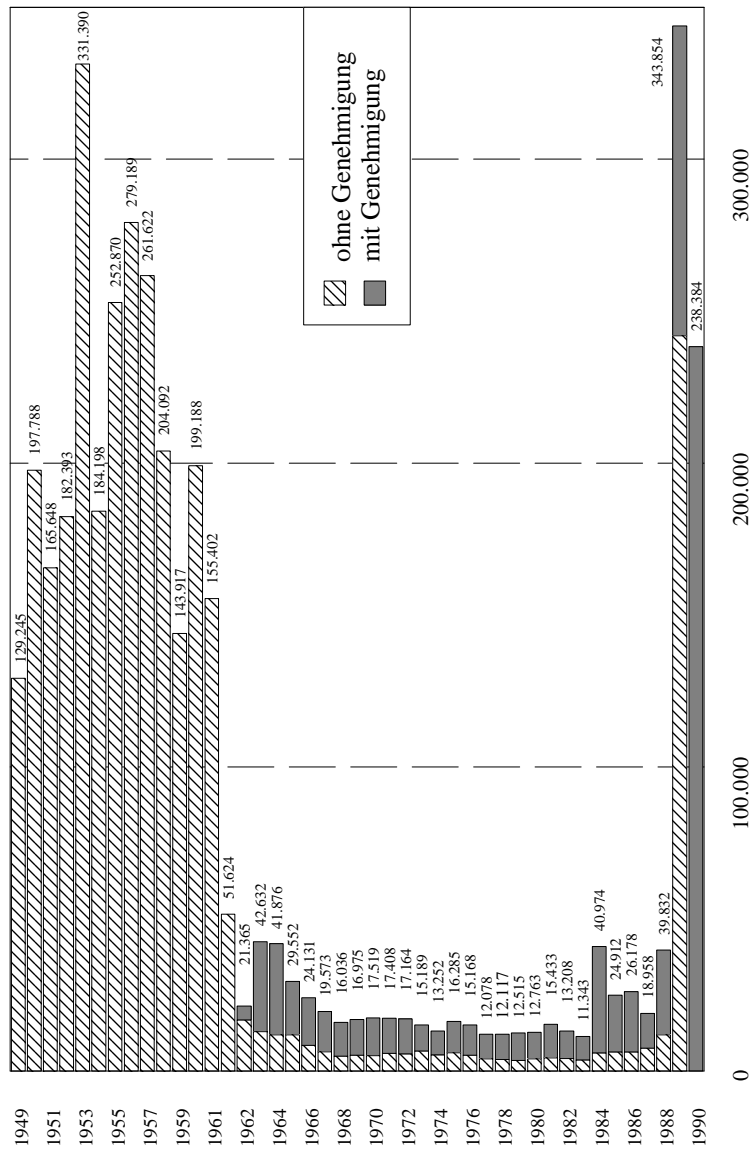


Abbildung 1 Übersiedler aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland 1949 bis Juni 1990 (aus: Wendt, 1991, S. 390; nach Daten des Bundesausgleichsamtes, d. h. die Zahlen beruhen auf im Notaufnahmeverfahren registrierten Flüchtlingen und genehmigten Ausreisen).

Am 17. Juni 1953 kam es schließlich zur gewaltsamen Niederschlagung des Volksaufstands. Die Politik des "Neuen Kurses" trug dann in der zweiten Jahreshälfte zu einer Entspannung der Lage bei. Das Jahr 1953 macht wahrscheinlich wie kein anderes bis zum Mauerbau deutlich, inwieweit gleich mehrere Faktorengruppen und ihr Zusammenspiel zu einer Massierung der Abwanderung beitrugen: (a) die Verschlechterung des Lebensstandards der Menschen, (b) ökonomische und gesellschaftspolitische Maßnahmen der DDR-Regierung, sowie (c) Versuche der Beschränkung der Reisefreiheit (insbesondere in die BRD). Der Aufbau zentralistischer Macht- und Organisationsstrukturen betraf gerade in den ersten Jahren nach Gründung der DDR alle gesellschaftlichen Gruppen und Bereiche. So ist etwa auch das erneute Wanderungshoch von 1956 zu erklären, als die Kollektivierung von Landwirtschaft und Handwerk in vollem Gang war; oder das Jahr 1957, welches den Straftatbestand der Republikflucht brachte; oder 1960, als in nur fünf Monaten die Gesamtzahl der LPG's auf über 19.000 fast verdoppelt wurde, wobei etwa 500.000 Bauern zum Teil unter massivem Druck zum Eintritt bewegt wurden.

Durch den Mauerbau am 13. August 1961 wurde die Übersiedlerbewegung fast vollständig gedrosselt und erreichte 1983 mit nur 11.300 Übersiedlungen den absoluten Tiefpunkt. Unabhängig von der Lage in der DDR und der Anzahl gestellter Ausreisearträge, über die es bis heute keine veröffentlichten Zahlen gibt, waren die jährlichen Übersiedlungen weitgehend vom jeweiligen Klima der deutsch-deutschen Beziehungen sowie von der Entscheidungspraxis der DDR-Behörden bestimmt. Die genehmigten Übersiedlerzahlen sanken auf zumeist weniger als 15.000 jährlich. Nur 1963 und 1964 wurde eine überdurchschnittlich hohe Zahl von "Familienzusammenführungen" genehmigt (vgl. Abbildung 1). Durch die neuen Reglementierungen und das erfolgreiche Stopfen der bisherigen "Schlupflöcher" änderte sich auch drastisch die demographische Struktur der Übersiedler. Waren es vor dem Mauerbau noch vornehmlich junge Leute (z. B. waren 1955 52,5 % unter 25 Jahre alt und 43,5 % im Alter zwischen 25 und 65 Jahren), so waren es in dem Jahrzehnt nach dem Mauerbau mehrheitlich Menschen im Rentenalter. 1965 waren 51,5 % älter als 65 Jahre und auch 1974 betrug der Anteil dieser Altersgruppe noch 39,3 % (Wendt, 1991). Bemerkenswert ist, daß es seit der hermetischen Abriegelung der DDR bis Ende 1988 trotzdem über 235.000 Menschen gelang — unter teilweise dramatischen und lebensgefährlichen Umständen — in das Bundesgebiet zu fliehen (vgl. Abbildung 1). Die Altersstruktur der Flüchtlinge veränderte sich im übrigen kaum im Laufe dieser Zeit und gleicht denen vor dem Mauerbau.

In der Zeit der relativen Konsolidierung der DDR nach dem Mauerbau wurde die Chance der zu diesem Zeitpunkt bereits notwendigen gesellschaftlichen Umgestaltung nicht genutzt. Um die Übersiedlerströme langfristig einzudämmen, hätte es sowohl wirtschaftlicher als auch demokratischer Reformen bedurft. Doch obwohl die DDR-Bürger im Grunde ihrem Staat fast zwei Jahrzehnte lang durch zähes "Durchhalten" eine Konsolidierung überhaupt erst ermöglichten, verfestigten sich eher die totalitären Strukturen des Regimes (vgl. Fleischer & Proebsting, 1989). Was wäre geschehen, wenn auch in den 70er

Jahren jährlich 200.000 Übersiedler gekommen wären? Doch die SED-Führung verspielte die Chance der Erneuerung, vielleicht auch aufgrund der Abhängigkeit vom großen Bruder Sowjetunion. So wurde Mitte der siebziger Jahre sowohl das Ergebnis der KSZE-Konferenz in Helsinki ignoriert, als auch die in den achtziger Jahren sich schnell entwickelnde Friedens- und Abrüstungsbewegung. Zwar versuchte sich die Führung gerade diese — in dieser Größenordnung einzigartige — Bewegung unter dem Motto “Schwerter zu Pflugscharen” nutzbar zu machen, stand jedoch dann den Implikationen recht hilflos gegenüber, als Forderungen nach Reisefreiheit, Demokratie und Selbstbestimmung lauter wurden (Schwab, 1990, S. 178f).

Interessanterweise fällt in diese Zeit auch die sogenannte “erste große Übersiedlerwelle” (Ronge, 1985) seit dem Mauerbau, als 1984 plötzlich und völlig unerwartet 41.000 Menschen (85,4 % davon legal!) in die Bundesrepublik ausreisten. Obwohl bisher ungeklärt, so mutmaßen viele, daß die DDR-Behörden in erster Linie die vorliegenden Ausreisearträge abbauen wollten (z. B. Ulrich, 1990, S. 12; Ronge, 1985, S. 9). Die Übersiedlerpopulation des Jahres 1984 unterscheidet sich jedoch in vielfacher Hinsicht von denen vergangener Jahre. Die Übersiedler sind wieder deutlich jünger, denn 62,6 % waren jünger als 40 Jahre (Vorjahr: 43,5 %) und nur 6 % waren älter als 65 Jahre (Grundmann, 1990). Nach der Studie von Ronge (1985, S. 61) hatten 40 % ihren Ausreiseartrag vor weniger als einem Jahr gestellt, wohingegen vormals jahrelange Wartezeiten üblich waren (nicht selten bis zu fünf Jahren). Insgesamt läßt dies eher auf eine veränderte Bewilligungspolitik schließen, die wohl in erster Linie das kritische Bevölkerungspotential abzubauen suchte. So war denn auch das mit 71 % am häufigsten genannte Motiv für die Übersiedlung die “fehlende Meinungsfreiheit” (Ronge, 1985, S. 18). Diese Bewilligungspolitik wurde offensichtlich bis Ende 1988 beibehalten, zumal die prozentualen Anteile bewilligter Übersiedlungen konstant hoch blieb und sich auch die Altersstruktur nicht wieder zugunsten Älterer veränderte. Lediglich die absolute Zahl der Migrationen halbierte sich in den Jahren 1985 bis 1987. Erst 1988 kündigte sich mit fast 40.000 Übersiedlungen ein neues Hoch an.

Ziehen wir Bilanz: Kamen bis zur Schließung der innerdeutschen Grenzen im August 1961 2,6 Millionen Flüchtlinge, so waren es von da an bis Ende 1988 nur noch 616.000, von denen 38 % durch “Republikflucht” in die Bundesrepublik Deutschland gelangten. 42.583 Personen oder 6,5 % aller Übersiedler in diesem Zeitraum sind über die schwer bewachte Staatsgrenze als sogenannte “Sperrbrecher” geflohen (Haberland, 1991, S. 20). Schließlich sind in diesen 27 Jahren knapp 30.000 Menschen aus Haftanstalten der DDR in die BRD entlassen worden (Ulrich, 1990; Wendt, 1991).

Gesellschaft im Umbruch: die Jahre 1989 und 1990

Im Verlauf des Jahres 1989 entstand als Resultat der innenpolitischen Krise der DDR für die Übersiedlerbewegung zwischen den beiden deutschen Staaten eine völlig neue Situation, die für viele Beteiligte und Beobachter völlig unerwartet war. Noch im Januar 1989 verkündete Erich Honecker: “Die Mauer wird ungeachtet des ‘kraftvollen Auftretens’ von Herrn Genscher und Herrn

Schultz so lange bleiben, wie die Bedingungen nicht geändert werden, die zu ihrer Errichtung geführt haben. Sie wird in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe nicht beseitigt sind" (Neues Deutschland, 20. Januar 1989). In der Tat, nicht die Beseitigung der "Gründe" für das Bestehen der Mauer hat zu ihrem Einriß geführt, sondern die Beseitigung des Staates selber durch seine revolutionären Bürger. Ulrich (1990) kommt in seiner Analyse der Übersiedlerbewegung und des "Endes der DDR" gar zu dem Schluß, daß weniger eine akute Wirtschafts- oder Versorgungskrise den Ausgangspunkt für die Mechanik des politischen Zusammenbruch bildete, als vielmehr die seit dem Sommer 1989 exponentiell zunehmende Übersiedlung in die Bundesrepublik (vgl. auch: Gehrman, 1992; Hirschmann, 1992).

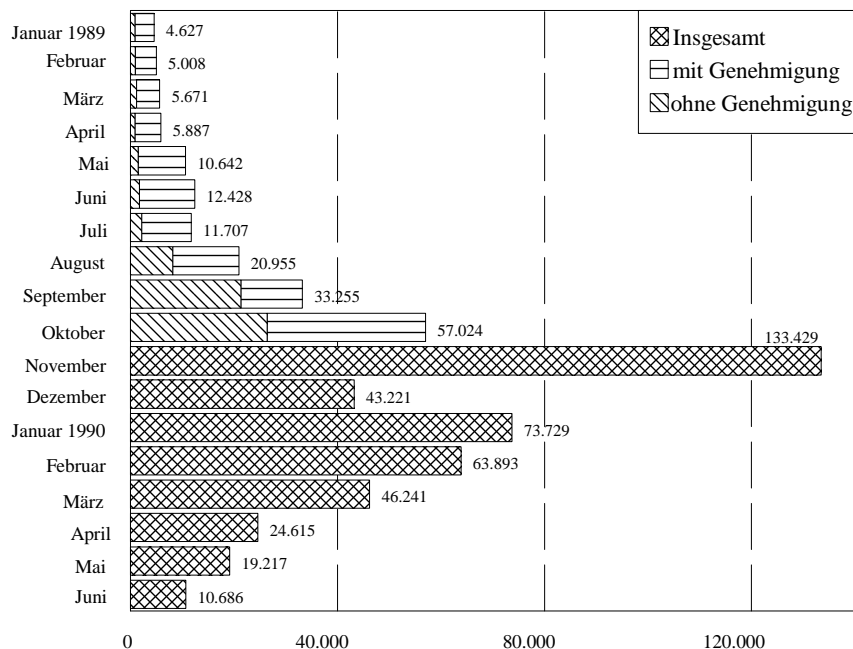


Abbildung 2 Übersiedler aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland Januar 1989 bis Juni 1990 (aus: Wendt, 1991, S. 393; nach Daten des Bundesausgleichsamtes).

So siedelten 1989 insgesamt 343.854 DDR-Bürger in die Bundesrepublik und nach West-Berlin um, was 2,1 % der DDR-Bevölkerung entspricht (vgl. Abbildung 2). Dies ist das Maximum in den zurückliegenden 40 Jahren DDR-Geschichte und bedeutet im Vergleich zu der Vorjahreszahl von 39.854 Übersiedlern eine Steigerung um 863 %. Die DDR verlor damit nach Schätzungen allein im Jahre 1989 etwa 230.000 Berufstätige (Grundmann & Schmidt, 1992). Das sind 2,6 % aller Berufstätigen in der DDR. Dies wäre dann kein gravierendes volkswirtschaftliches Problem, wenn ebenso viele Migranten in die DDR gekommen wären. Nur kamen sie nicht. Legt man die offiziellen

Migrationszahlen der DDR zugrunde, die nur die 74 % amtlich abgemeldeten Übersiedler erfaßt (Statistisches Jahrbuch der DDR, 1989), so kam auf 227 registrierte Übersiedler eine einzige Person, die von West nach Ost gewandert ist. Selbst die sozial Schwächeren, wie etwa die Arbeitslosen in der BRD, blieben im Westen.

Die ersten vier Monate des Jahres 1989 verzeichneten zunächst noch recht "normale" Außenwanderungsquoten, die in etwa die Vorjahreszahlen erwarten ließ. Von Januar bis April waren es im Mittel monatlich 5.300 Menschen, die legal in die Bundesrepublik ausreisten. Das Startsignal für den Prozeß, der schließlich zur Öffnung der Staatsgrenze in der Nacht vom 9. zum 10. November führte, kam am 2. Mai, als sich der Grenzzaun im ungarischen Sopron für einen Augenblick öffnete. Wir alle werden uns wahrscheinlich an die Fernsehbilder erinnern, als plötzlich Dutzende von DDR-Bürgern in die Freiheit spazierten. Offensichtlich versuchte die DDR-Führung bereits im Mai durch eine erhöhte Anzahl bewilligter Ausreiseanträge den wachsenden innenpolitischen Druck zu regulieren. So verdoppelte sich in den Monaten Mai, Juni und Juli die Anzahl bewilligter Übersiedlungen auf 10.000 (vgl. Abbildung 2), eine Zahl, die sonst nur für ein ganzes Jahr zu verzeichnen war. Für die mehreren hunderttausend DDR-Touristen bot der beginnende Sommer die willkommene Gelegenheit, ihr Land via CSSR und Ungarn zu verlassen, da Ungarn ausreisewilligen DDR-Bürgern ab dem 21. Juli quasi "Asyl" gewährte (vgl. Schützsack, 1990, S. 27f). Das Problem des "ungarischen Lochs" in der Mauer, welches sich am 11. September endgültig öffnete, als die ungarische Regierung das "Reiseabkommen" mit der DDR außer Kraft setzte, wurde ergänzt durch die etwa 250 DDR-Bürger, die sich seit Ende Juli in den diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Budapest, Warschau und Prag aufhielten. Betrachtet man die Übersiedlerzahlen in diesen Monaten, so wird deutlich, daß diese sich seit Juli monatlich verdoppelten und daß der Anteil nicht bewilligter Übersiedlungen stetig zunahm. Mit 64,2 % nicht genehmigter Ausreisen im September zum Zeitpunkt der Öffnung der ungarischen Grenze war ein Höhepunkt erreicht, der zuletzt 1962 — ein Jahr nach dem Mauerbau — zu verzeichnen war. Offensichtlich war der Strom gen Westen durch die Lockerung bei der Bewilligung der Ausreiseanträge nicht mehr aufzuhalten.

Für mehr und mehr DDR-Bürger wurde deutlich, daß eine wachsende Zahl ihrer Mitbürger ihren bislang nur privat geäußerten Unmut öffentlich und selbstbewußt kundtaten. Übrigens wird der Übergang von privater zur öffentlicher Meinungsäußerung von Politikwissenschaftlern in Zusammenhang mit unerwarteten politischen Revolutionen gebracht (vgl. Kuran, 1989). Die gewachsene Unzufriedenheit in Verbindung mit einem wachsenden Selbstbewußtsein, welches durch immer höhere Übersiedlerzahlen begleitet wurde, fand auch seinen Ausdruck in den seit dem 4. September stetig größer werdenden "Montagsdemonstrationen" in Leipzig. Waren es am 4. September 1989 zunächst nur einige Hundert Menschen, so demonstrierten am 25. des Monats bereits 8.000 Menschen, eine Woche danach 25.000, zwei Wochen später 70.000 und drei Wochen später gar 120.000 Menschen. Am 23. Oktober waren

es schließlich 300.000 Menschen, die für Reise-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie Demokratie demonstrierten (vgl. Schumann, 1990).

Diese gewaltige politische Mobilisierung gegen das Honecker-Regime wurde sicherlich zum Teil durch die Handlungsunfähigkeit der Herrschenden selbst gestützt. Da wurden Beschränkungen beschlossen, nur in Teilen und willkürlich umgesetzt und schließlich wieder aufgehoben, wie dies etwa im Fall von Reisepapieren nach Ungarn im September zu beobachten war. Die ausreisewilligen DDR-Bürger haben dies ohnehin ignoriert, indem sie zu Tausenden ihr Glück im Weg über die visafreie CSSR suchten. Am 1. Oktober 1989 trafen dann die etwa 6000 Menschen aus der Prager Botschaft ein, denen Außenminister Genscher selbst seinen Erfolg der Verhandlungen mit der DDR-Führung mitteilte. Nur drei Tage später war die Prager Botschaft erneut von 7.000 Menschen besetzt, die dann auch gleich ausreisen durften. Irrwitzigerweise bestand die DDR auf einer Durchfahrt der Züge durch das Gebiet der DDR, wo dann in Dresden weitere etwa 3.000 Menschen bei gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften versuchten, auf die Züge aufzuspringen. Gleichzeitig wurde übrigens auch der visafreie Reiseverkehr mit der CSSR ausgesetzt. Diese Beispiele verdeutlichen, in welchem Ausmaß die Übersiedlerbewegung des Sommers 1989 die politische "Regierung" zu lediglich Reagierenden degradierte, ihnen gar jede Handlungsoption nahm und dabei gleichzeitig die Opposition in der DDR stärkte. Da halfen dann auch die über 30.000 bewilligten Ausreiseanträge im Oktober nicht mehr weiter. Allein in diesem Monat migrierten mehr DDR-Bürger, als dies im Spitzenjahr 1984 nach dem Bau der Mauer insgesamt der Fall war (vgl. Abbildungen 1 und 2).

Am 18. Oktober wurde der "Staatsratsvorsitzende, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Verteidigungsrates der DDR", Erich Honecker, "aus gesundheitlichen Gründen" durch Egon Krenz abgelöst (Neues Deutschland, vom 19.10.1989, S. 1). Die "neue" DDR-Führung, die wohl eher aufgrund der großen Demonstrationen in Leipzig und der vielfältigen "schlagenden" Ereignisse um den 7. Oktober zum 40. Jahrestag der Republik zustande kam, bemühte sich, das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen. So erwirkte Krenz am 1. November, daß die DDR-Grenze zur CSSR wieder geöffnet wurde, worauf die CSSR ihrerseits mit einer prompten Öffnung der Grenzanlagen Richtung Bundesrepublik reagierte. Damit setzte ein gewaltiger Übersiedlerstrom ein mit teilweise panikartigem Charakter (vgl. Grundmann, 1990). Allein vom 3. bis zum 9. November flohen 48.000 Menschen über das Gebiet der CSSR, was etwa der Einwohnerzahl von Fulda entspricht. Diese unkontrollierbare Flut von Flüchtlingen, der Druck der Menschenmassen an den Grenzübergängen zu Berlin (West) und schließlich die chaotischen Verhältnisse im Politbüro der SED, welches am 8. November zurückgetreten und neugewählt wurde und am Abend des folgenden Tages einen zweideutigen "Beschluß zur Veränderung der ständigen Ausreise" faßte, führte zur Öffnung der Grenzen in der Nacht zum 10. November 1989, zur sogenannten "friedlichen Wende". Auch wenn der genaue Zeitpunkt der Grenzöffnung wohl eher zufällig zustandekam, so wäre er doch wohl nicht mehr lange aufzuhalten gewesen.

Am 9. November 1989 wurde damit die Reise in die Bundesrepublik wie auch eine Übersiedlung so einfach wie vor den Erschwernissen im innerdeutschen Reiseverkehr ab Februar 1953. Die Übersiedlerzahlen stiegen nach der Öffnung der Grenzen erneut sprunghaft an. In der ersten Woche nach dem 9. November verließen im Durchschnitt täglich 8.000 Menschen die DDR. In der zweiten Novemberhälfte waren es mit Schwankungen durchschnittlich 3.000 Übersiedler. Damit kam der November insgesamt auf die ungeheure Zahl von über 130.000 Übersiedlungen in die BRD (vgl. Abbildung 2).

Nun hätte man der Meinung sein können, daß mit der Gewährung der Reisefreiheit und der Einführung einer *Perestroika* in der DDR die Übersiedlerbewegung und damit die Krise zu stoppen gewesen wäre. Offensichtlich war dies nicht der Fall, was auch eine Befragung vom 29. August bis 11. September an insgesamt 537 Übersiedlern in Gießen und Rastatt unterstreicht. So hätten trotz völliger Reisefreiheit 43 % einen Übersiedlungsantrag gestellt, und nur 20 % meinten, daß sie dann in der DDR geblieben wären (Hilmer & Köhler, 1989). Selbst politische Reformen nach dem Vorbild Polens oder der UdSSR hielten nur 15 % für ausreichend, ausreisewillige DDR-Bewohner zum Bleiben zu bewegen. Der Übersiedlerstrom ging zwar nach dem Monat November stetig und deutlich zurück, behielt allerdings ein Ausmaß bei, das schnell deutlich werden ließ, daß die DDR als Staat nicht mehr zu stabilisieren war (Ulrich, 1990). Die täglichen "Erneuerungen", wie die Einberufung "Runder Tische" mit Oppositionsvertretern (23.11.), die Streichung des Führungsanspruches der SED aus der Verfassung (2.12.), der Rücktritt des gesamten ZK der SED (4.12.) und schließlich der Rücktritt von Egon Krenz selbst (7.12.) konnte die berechtigte Skepsis der Bürger gegenüber der SED-Regierung und des damit verbundenen Staatsapparats nicht mildern. Bedenkt man, daß sich gleichzeitig die wirtschaftlichen und sozialen Unsicherheiten in der DDR vergrößerten, so wurden die primären Übersiedlungsmotive sogar eher noch stimuliert (Hilmer & Köhler, 1989; Meck, Belitz-Demiriz & Brenske, 1992; Voigt, Belitz-Demiriz & Meck, 1990).

Der "Massenausverkauf" der DDR oder, wie Schützsack (1990) es bezeichnet, der "Exodus in die Einheit" (vgl. auch Findeisen, 1990) hatte durch die Teufelsspirale von Abwanderung und volkswirtschaftlichen Verlusten seit langem und unaufhaltsam eingesetzt. Anfang 1990 war durch die Abwanderung der Bürger sowohl im Gesundheitswesen als auch in vielen Bereichen der Volkswirtschaft der DDR eine Situation entstanden, die so nicht mehr lange aufrechtzuerhalten war und die — wenn man so will — die DDR in die Einheit zwang. Hätte sich das hohe Niveau der Übersiedlungen von Januar und Februar 1990 auf das ganze Jahr ausgedehnt, wäre es bereits nach wenigen Monaten zum Notstand gekommen. Dafür sprechen nicht nur bundesdeutsche Wirtschaftsanalysen, deren Berechnungen stets positive Effekte der vielen jungen Übersiedler im Hinblick auf Nachfrageimpulse, Wirtschaftswachstum, Konsolidierung des Arbeitsmarktes, Rentensystem etc. der Bundesrepublik prognostizierten (z. B. Schulz, 1990; Taureg & Weiß, 1990). Auch die Analysen zu den Quellgebieten der Außenwanderung, die deutlich aufzeigen, daß in erster Linie die intellektuellen Zentren in der DDR und die Industriegebiete im Süden die

höchsten Verluste hinnehmen mußten, weisen in diese Richtung. Die Übersiedlungswahrscheinlichkeit aus Dresden beispielsweise war demnach viermal höher als im Bezirk Neubrandenburg (vgl. ausführlich Grundmann, 1990; Grundmann & Schmidt, 1992).

Erst seit den ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 und mit der Hoffnung auf eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten entfielen auch in wachsendem Maße die Gründe für eine Übersiedlung. Im März 1990 hatten sich die Übersiedlerzahlen bereits deutlich gegenüber den Vormonaten reduziert und betragen im April 1990 nur noch 24.615. Diese Zahl halbierte sich im Juni noch einmal. Für diese Entwicklung war sicherlich auch die Bundesregierung mitverantwortlich, die am 20. März 1990 beschlossen hatte, das Aufnahmegesetz für Übersiedler von 1951 zum 1. Juli 1990 mit dem Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion aufzuheben. Thomas Conrad vom Bundesministerium des Inneren stellte dazu am 28. Mai auf einer Fachtagung des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland fest: "Wer ab diesem Datum aus dem Gebiet der DDR zu uns kommt — was selbstverständlich möglich bleibt — wird generell wie ein Bundesbürger behandelt, d. h. er wird spezifische Eingliederungsmöglichkeiten nicht mehr erhalten" (Conrad, 1992, S. 414). Der Rechtsstatus des Übersiedlers war damit abgeschafft, und die Übersiedlung oder Außenwanderung wurde zum einfachen Umzug, zur Binnenwanderung. Grundmann und Schmidt (1992) sehen in der Abschaffung der Sonderrechte für Übersiedler eine der wichtigsten politischen Einflußmöglichkeiten, die Sogwirkung in die BRD einzudämmen. "Solange die Übersiedlung prämiert wird, wird sie auch stimuliert" (S. 48). Mit der Abschaffung des Übersiedlerstatus wird nun auch verständlich, warum die in Abbildung 2 dargestellten amtlichen Statistiken des Bundesausgleichsamtes zu den Übersiedlerzahlen nur bis zum 1. Juli geführt wurden. Dennoch muß davon ausgegangen werden, daß auch nachfolgend noch viele Menschen die ehemalige DDR verließen. Nach Schätzungen von Infratest muß sich die Bundesrepublik in den Jahren 1990 und 1991 auf etwa eine Millionen Übersiedler einstellen (vgl. Köhler, 1990, S. 430f). Nach einer Simulationsanalyse (Büttner & Prinz, 1991) der Auswirkungen der zukünftigen Migrationsbewegungen von Ost nach West auf die Bevölkerungsstruktur in Ost- und Westdeutschland ist allerdings nur mit drastischen Konsequenzen für Ostdeutschland zu rechnen, wenn im Jahr etwa 200.000 oder gar 500.000 Menschen aus Ostdeutschland und aus Osteuropa bis zum Jahr 2000 in das vereinigte Deutschland kommen. Diese Annahmen sind durchaus nicht unrealistisch (vgl. Schulz, 1990). In diesem Fall würde sich der Anteil an der Gesamtbevölkerung in Ostdeutschland von jetzt 21 % auf 14 % im Jahre 2030 reduzieren. Aufgrund der höheren Geburtenraten in Ostdeutschland wäre jedoch trotz einer schwindenden Bevölkerungsdichte das Verhältnis von Personen im nicht-arbeitendem Alter zu jenen im arbeitenden Alter weit günstiger als in Westdeutschland. Nur bis zum Jahr 2000 ergeben sich hier deutliche Einbußen für die ehemalige DDR. Unabhängig vom gewählten Szenario wird Westdeutschland im Jahre 2030 als erstes mit mehr nicht arbeitenden Menschen als arbeitenden konfrontiert werden.

Fazit: Die Jahre 1989 und 1990 haben bis zur Abschaffung des Übersiedlerstatus am 1. Juli 1990 der DDR insgesamt 582.238 registrierte Abwanderungen beschert und damit sowohl die Mauer als auch den Staat selbst zu Fall gebracht. Auch wenn seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990 sich die — nun auch de jure — Binnenwanderungen reduziert haben, wird die Ost-West-Wanderung solange im größeren Umfang andauern, bis sich der Lebensstandard dem “Westniveau” annähert. Neben der Überwindung wirtschaftlicher und infrastruktureller Defizite und der sich hieraus ergebenden Probleme wie Massenarbeitslosigkeit und Angst vor sozialem Abstieg, dürften die politischen Beweggründe für einen “Umzug” stetig an Bedeutung gewinnen. Wenn die Menschen dort mit “überlebten Strukturen” konfrontiert werden, sprich mit “Wendehälsen” in leitenden Positionen, zu denen sie in irgendeinem Abhängigkeitsverhältnis stehen, dann werden sich viele dem einfach nur noch resigniert entziehen wollen. Auch der Beseitigung umweltbezogener “Altlasten” dürfte eine nicht zu unterschätzende Rolle zukommen. Brenske weist beispielsweise einen extrem hohen Zusammenhang ($r = .81$) (Brenske, 1992, S. 92) zwischen der subjektiv empfundenen Umweltbelastung und der Anzahl der Übersiedler aus den jeweiligen Bezirken der Übersiedlerwelle 1989 und 1990 nach.

Mein Leben, Teil zwei: Die Übersiedlung einmal konkret

“Mein Leben, Teil zwei” nennt sich ein von Martin Ahrends (1989) herausgegebenes Buch, in welchem in 13 Gesprächsprotokollen ehemalige DDR-Bürger über ihre Vergangenheit, ihre Flucht und ihr “zweites Leben” berichten. Dieses Buch, wie auch viele andere derartige Veröffentlichungen (z. B. Der Spiegel, 1989, Nr. 33, S. 18-32; Der Spiegel, 1990, Nr. 4, S. 28-53; Ronge, 1985, S. 85ff; Leidecker, Kirchhöfer & Güttler, 1991) haben dazu beigetragen, das Schicksal und den Werdegang Hunderttausender konkret werden zu lassen. Die im vorstehenden Abschnitt geschilderten Zahlen, lassen allenfalls erahnen, welch mannigfaltiges persönliches Schicksal sich hinter dem radikalen Schritt der Übersiedlung verbirgt. Wer kann sich schon vorstellen, was es für die vielen Menschen, die zum größten Teil in der DDR geboren wurden, bedeutet hat, ihrer Heimat den Rücken zu kehren? Wer weiß eigentlich außer den Betroffenen selbst, wie es ist, mit einer völlig unbekanntem, höchstens medial-vermittelten, “westlichen” Realität konfrontiert zu werden? Mit diesen Fragen soll keinesfalls das düstere Bild sozial entwurzelter und entfremdeter Menschen beschworen werden. Dies wäre sicherlich völlig unzutreffend, zumal vorliegende Studien zeigen, daß den Übersiedlern, die vor der “Wende” kamen, die Integration im Endergebnis sehr wohl gelungen ist (z. B. Ronge, 1985; Schumann, Kaspras, Gehrman & Dietz, 1990). Auch die Bilanz der Übersiedlerbewegung der Jahre 1989 und 1990, die im vorliegenden Buch durchscheint, fällt insgesamt nicht negativ aus, auch wenn die Dinge sehr differenziert betrachtet werden müssen.

Dennoch wäre dieses Buch letztlich unvollständig, würde man vernachlässigen, was uns die vielen Menschen in spontanen persönlichen Gesprächen während der Interviews im Oktober und November 1989 und später in Briefen

mitteilten. Die folgenden Briefe und Berichte um und über die Übersiedlung sind natürlich nicht repräsentativ. Dafür bilden sie einen anschaulichen Kontrapunkt zu den vielfältigen — vom einzelnen abstrahierenden — statistischen Befunden dieses Buches. Hinzu kommt, daß in der von uns durchgeführten Untersuchung nicht alles erschöpfend angesprochen werden konnte. Auch warfen manche unserer Fragen kuriose Reaktionen hervor. So etwa eine Frau mittleren Alters aus Leipzig, als sie die Fragen über die Gründe und Motive ihrer Übersiedlung zu beantworten suchte: “Wieso ich gegangen bin? Wissen Sie, das habe ich mich nur zu Anfang gefragt. Dann habe ich nur noch gefragt ‘Warum soll ich bleiben, wieso bin ich denn noch hier?’.” Ein 18jähriger wiederum, der sich spontan an dem folgenden Gespräch beteiligte, meinte, es sei die Perspektivlosigkeit gewesen — “die Hoffnung auf eine Neubauwohnung irgendwann und ein Stückchen Garten fürs Private, das soll es gewesen sein? Ich hatte das Gefühl, mein Leben vergammelt.”

Die folgenden Schilderungen, die uns in Briefen erreichten, illustrieren die Geschichte Einzelner um und über ihre Übersiedlung. Sie skizzieren einzelne Probleme sowie Hoffnungen und Erfolge. Manchmal handelt es sich nur um eine kurze Stellungnahme oder eine Information. Der Autor hat lediglich Angaben zu Personen, Orten und Zeitpunkten abgeändert und an einigen Stellen redaktionelle Kürzungen vorgenommen. Auch wurde auf eine Kommentierung verzichtet, da die Dokumente für sich sprechen.

Drei Berichte

Bericht von Familie R. (Ehepaar und 2 Kinder)

Mein Mann und ich (damals 31 und 29 Jahre alt) waren beide im Außenhandel tätig, kamen beruflich jedoch trotz Studium nicht voran. Wir hatten einen “schwarzen Flecken” in unserer Kaderakte: die Schwester meines Mannes durfte nach ihrer Hochzeit mit einem indischen Staatsbürger 1985 die DDR verlassen. Weil uns unsere anfänglichen beruflichen Absichten verwehrt blieben, bemühten wir uns zwei Jahre, ein Restaurant, welches seit Jahren leer stand und sich direkt unter unserer Wohnung befand, zu übernehmen. Mein Mann ließ sich in seiner freien Zeit als Gaststättenleiter ausbilden; unzählige Unterredungen fanden beim Bürgermeister und anderen Behörden statt, aber nichts passierte! Und warum? Weil das Restaurant, d. h. das gesamte Haus und Grundstück, westdeutscher Besitz ist. Somit ist ein Aus- und Umbau nicht erwünscht, da sich sonst der Wert des Westbesitzes erhöhen würde. Nun waren wir das zweite Mal beruflich in einer Sackgasse gelandet. In dieser Situation sahen wir täglich im Fernsehen, wie tausende junge Menschen das Land über Ungarn verließen.

Wir sagten uns, was hält uns hier noch, wenigstens unsere Kinder sollen alle Chancen haben. Die beiden Jungen waren damals 9 und 6 Jahre alt. Die Entscheidung war nicht einfach. Treibender Keil war mein Mann. Wir wußten, wir würden alles zurücklassen, nicht nur Möbel, Geld, Trabbi, sondern auch Eltern,

Geschwister, Freunde. Unser Entschluß stand fest. Mein Mann fotografierte alle wichtigen Papiere (Zeugnisse, usw.). Die Filme schmuggelte seine Schwester über die Grenze. Sie sollte auch unsere Anlaufstelle nach der Flucht in Westberlin sein. Wir warteten die Herbstferien 1989 ab. Genau am 13.10.1989, mitten in der Nacht, ging es los. Für unsere Kinder war es eine "plötzliche Urlaubsreise". Wir hatten nur Flugtickets nach Moskau erhalten; Direktflüge nach Budapest waren gnadenlos ausverkauft! In Moskau gelandet, wandten wir uns an eine ungarische Fluggesellschaft. Es wurde alles in Bewegung gesetzt und so durften wir nach stundenlangem Warten zu viert auf zwei Plätzen mitfliegen. Mit dem Taxi ging es vom Budapester Flughafen in dieses umfunktionierte Pionierlager, wo wir das Wochenende verbrachten.

Österreichische Busse holten uns am Montag ab. Jetzt hieß es endgültig, die Vergangenheit zurückzulassen und ab in eine andere Welt! Wir gaben uns gegenseitig Zuversicht. Unsere Kinder, besonders der Kleine, vergossen ein paar Tränen, weil ihnen bewußt wurde, daß sie ihre Freunde daheim nie wieder sehen würden.

Die Solidarität unter den "Flüchtlingen" war groß. Wir wunderten uns immer wieder, wie viele junge Familien dabei waren.

Nach Erreichen der österreichisch-deutschen Grenze wechselten wir die Busse. Unser Ziel war die Kaserne in Hammelburg. Hier wurden alle Formalitäten erledigt und wir durften uns unsere endgültigen Ziele aussuchen. Die ersten "Flüchtlinge" verließen uns hier schon. Einige erhielten Job und Wohnung in der Umgebung, andere wurden von Verwandten abgeholt. Was wird mit uns? Noch waren wir alle optimistisch. Wir flogen von Nürnberg nach Berlin am 17.10.1989. Mit einem Bus wurden wir ins ehemalige Ballhaus Tiergarten gebracht, wo uns das triste Lagerdasein erwartete. Acht Familien und mehr teilten sich einen Raum. Es war laut und hellhörig. Kein Privatleben möglich, Leben aus dem Koffer. Zum Glück konnten wir unsere Kinder für zwei Wochen bei der Schwester meines Mannes unterbringen, so konnten wir alle Behördengänge in kürzester Zeit erledigen. Dann begann die schlimmste Zeit: die vergebliche Job- und Wohnungssuche. Einer nach dem anderen zog aus dem Heim. Die Kinder gingen inzwischen zur nächstgelegenen Schule, A. in die 3. Klasse, R. in die Vorschule. Der Winter kündigte sich langsam an.

Zum Glück hatten wir uns auch bei meiner entfernteren Verwandtschaft hier in Westberlin gemeldet. Meine Tante K. erwies sich als wahrer Engel. Durch ihre Hilfe bekamen wir eine Wohnung und mein Mann einen Job als Fachverkäufer in der Baubranche. Am 1.12.1989 zogen wir in unsere Drei-Raumwohnung im Wedding ein. Wir schliefen auf der Erde und waren doch die glücklichsten Menschen! Mein Mann begann Mitte Dezember zu arbeiten und das Leben pendelte sich langsam ein. Die Wohnung richteten wir uns nach und nach ein. Ich blieb noch zu Hause, bis ich für den Kleinen endlich einen Vorschulplatz bekam. Ich nahm einen Halbtagsjob im Büro an, wo man mich bald bat, doch ganztags zu arbeiten. Dadurch verbesserte sich unsere Finanzlage.

Durch Zufall kam ich mit dem Besitzer des Zeitungsladens bei uns in der Straße ins Gespräch. Er wollte sein Geschäft verkaufen. Mein Mann und ich überlegten und griffen zu. Das war im April 1991. Ich kündigte in meiner

Firma (mein Mann blieb bei seiner Firma) und wir nahmen einen Kredit auf. Unser Geschäft läuft gut. Der Kredit ist im Mai nächsten Jahres abgezahlt, also innerhalb von drei Jahren 100.000 DM abgezahlt. Das mache uns erst mal jemand nach!

Fazit: Uns geht's gut. Wir haben in kürzester Zeit hier mehr erreicht als im Osten jemals möglich gewesen wäre! Unsere Devise — "Ohne Risiko geht nichts" — hat sich also bewährt. Unsere nächsten Vorhaben? Ein Haus in Florida, das wir an Einheimische oder Urlauber vermieten wollen. Fragen Sie doch in einem Jahr noch mal nach!

Ihre R.'s.

Bericht von Thorsten B., 26 Jahre, Berlin (Ost)

Ich reiste am 6. Juli 1989 aus der ehemaligen DDR — genauer aus Ost-Berlin — über den Bahnhof Friedrichstraße aus. Bis zu diesem Zeitpunkt war mein Leben kein leichtes. Meine Eltern ließen sich sehr früh scheiden. Meine Mutter, bei der ich wohnte, wählte sich einen "SED-Genossen" als Lebensgefährten. Dadurch durfte ich keinen Kontakt zu meiner Großmutter väterlicherseits mehr haben, zu der ich ein sehr gutes Verhältnis hatte. Ich begann, die Schule zu "schwänzen". Als Folge wurde ich im Alter von 11 Jahren in ein Erziehungsheim in Chemnitz eingewiesen. Ich brach den Kontakt zu meiner Mutter ab. Von nun an kümmerte sich mein Vater und insbesondere meine Großmutter um mich. Mit 14 Jahren kam ich dann nach Berlin in ein Waisenheim. Hier lebte ich vier Jahre und lernte "das Leben". Bis zu ihrem Tode im Jahr 1990 ersetzte mir meine Großmutter die Mutter.

Es ist vielleicht etwas ungewöhnlich, daß ich, der sieben Jahre seines Lebens in DDR-Kinderheimen zubrachte und somit in den Genuß der linientreuen Erziehung kam, mich in meinem weiteren Leben gegen das SED-Regime stellte. Mein ausgeprägter Sinn für Gerechtigkeit ist wahrscheinlich dafür verantwortlich. Bereits als 16jähriger habe ich begonnen, mich intensiv mit Innen- und Deutschlandpolitik und insbesondere der Situation unserer geteilten Stadt Berlin zu beschäftigen. Verwandte im "Westen" hatte ich nicht. Jedoch meine Großmutter, welche regelmäßig in den Westteil fuhr. Das ermöglichte mir den Zugang zu westlichen Tageszeitungen. Damals reifte in mir der Wille, alles nur Erdenkliche zu versuchen, um ungehindert in den Westteil Berlins reisen zu können. Reisefreiheit wollte ich erreichen.

Mit 18 prüfte ich — mit überschaubarem Risiko — zum ersten Mal bestimmte "Wege", um meinen Wunschtraum Wirklichkeit werden zu lassen. Beispielsweise habe ich mir den Grenzabschnitt der Laubenkolonie "Plänterwald" in Berlin genauer angesehen. Wäre man in diesem Grenzabschnitt "ohne vorgelegertes Grenzgebiet" z. B. mit einer Leiter erwischt worden, wäre eine sofortige Inhaftierung die Folge gewesen. Ich simulierte also einen angetrunkenen Zustand und stieg eine Station zu früh aus der S-Bahn aus. Natürlich begegnete mir bei der Erkundung des Grenzgebietes ein "VoPo", der mich dann zum Polizeirevier mitnahm. Bei der Vernehmung kaufte man mir anscheinend so-

wohl meinen simulierten Zustand als auch die Geschichte mit der S-Bahn ab. Ordnungsstrafverfahren und Schluß.

Ein anderes Mal galt mein Interesse dem "Vindau-Bona-Express" (Berlin-Wien). Dieser Zug, der bis weit in die CSSR fuhr und auch für den Binnenverkehr bis Dresden von DDR-Bürgern genutzt wurde, kehrte jeweils zwei Tage nach der Abfahrt wieder in den Ostbahnhof (heute Hauptbahnhof) zurück. Auf den Toiletten der Waggons war über eine Deckenlucke ein Raum zu erreichen, der Platz genug für einen Menschen geboten hätte. Ich hatte mir einen Test ausgedacht. Ich deponierte Aktfotos hinter der Klappe. Offensichtlich kontrollierte niemand die Toiletten, da ich die Fotos jedesmal wiederfand. Leider machte ich auf meiner Fahrt einen schwerwiegenden Fehler. Noch auf DDR-Gebiet wurde ich entdeckt. Zehn Stunden lang wurde ich bei der Stasi vernommen. Während der Vernehmungspausen wurde fleißig die Zellenbeleuchtung an und ausgeschaltet. Der vernehmende Offizier beharrte lautstark auf seiner Sicht der Dinge. Die Vernehmungspraxis darf man sicherlich als DDR-Standard bezeichnen. Letztlich blieb ich allerdings beharrlich bei meiner "Geschichte". Normalerweise wäre man damit sicherlich nicht durchgekommen, aber da ich allein war, kam die Möglichkeit des gegenseitigen Ausspielens wohl nicht in Betracht. Es geschah letztlich nichts, auch kein Ordnungsstrafverfahren. Auch dem Berliner U- und S-Bahnnetz galt meine Aufmerksamkeit.

Mein Haß gegen die politische Führung der DDR wurde immer stärker. Ich wollte die Abgrenzung in Berlin weder für mich noch für andere länger akzeptieren. Einen Weg sah ich darin, bei spektakulären Grenzüberschreitungen zu helfen. Denn, die Reaktionen in der Presse auf diese Aktionen neutralisierten geradezu die unermüdlichen Versuche der DDR-Führung, sich international Reputation zu verschaffen. Beispielsweise die beiden Ultra-Leicht Flugzeuge, die im Mai 1989 Ost-Berlinern die Freiheit brachten, haben mich sehr beeindruckt. Womit kann man "innere Probleme" deutlicher werden lassen?

Mit meinen Einstellungen kam es bei mir zu einer Identitätskrise. Ich wohnte zwar in Ost-Berlin, dort aber zu "leben", konnte ich von mir nicht behaupten. Ich arbeitete als Bildröhrenverpacker. Dort ergaben sich keine Probleme. Meine Bekannten brachten viel Verständnis für mich auf, obwohl sie doch eher "unpolitisch" waren. Ich zog mich immer mehr zurück und handelte nur geplant, niemals spontan. Schließlich war ich nur auf mich selbst gestellt. Die Kontakte zu meinem Vater (Elektroingenieur) brach ich für einen Zeitraum von ca. 2 Jahren ab. Anzeichen, daß Freunde und Bekannte Schwierigkeiten durch mich bekamen, gab es nicht. Jedoch war wohl den Behörden der Kontakt zu einem Freund (Berufssoldat) nicht sehr angenehm. Da dieser aber sowieso entlassen werden wollte, war ihm das ganz recht. Eine Kündigung von sich aus war da nicht möglich. Er kam da raus und arbeitete seitdem als Bahnschlosser.

Mitte des Jahres 1988 habe ich erstmals die Ausreise beantragt (vgl. Kasten 1 — *der Verfasser*). Als nach mehrmaligem Beantragen dieser dann abgelehnt wurde, wollte ich mit geplanten Aktionen meinem Ansinnen mehr Nachdruck verleihen, ohne dabei allerdings ein ernsthaftes Risiko einzugehen. Es galt, "einschlägig" aufzufallen. Beispiel: Mit den entsprechenden Utensilien bewaffnet, begab ich mich zur ständigen Vertretung der Bundesrepublik (als diese ge-

schlossen war!) und behauptete, mir sei am Vortag, aus Hannover kommend, der Paß abhanden gekommen. Da es kein Rechtshilfeabkommen mit der BRD gab, konnten sie meine Identität nicht prüfen. Jedoch fand man bei der Leibesvisitation auf dem Polizeirevier in meinem Schuh mein Personaldokument. Das wurde zwar nicht als beabsichtigter Fluchtversuch gewertet, aber 300 Mark Strafe waren trotzdem zu zahlen.

Berlin, im Januar 1989

An den
Rat des Stadtbezirkes
Berlin-Hellersdorf
Abt. Genehmigungsangelegenheiten

Antrag auf ständige Ausreise aus der DDR

Hiermit beantrage ich die ständige Ausreise aus der DDR.

Zur Begründung:

Für den Großteil der DDR-Bevölkerung besteht ein permanentes Reiseverbot bezüglich Reisen in das nichtsozialistische Ausland sowie BRD und Berlin (West).

Bürger, die weder Verwandte noch Bekannte dort haben, hätten demzufolge auch nach der jüngsten Verordnung niemals in ihrem Leben die Möglichkeit, beispielsweise in den Westteil Berlins oder in das Bundesgebiet zu fahren.

Diesen Menschen hilft auch nicht die Verordnung über Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland vom 30.11.1988. Im Gegenteil, diese Verordnung schreibt meine auch bisher bekannte Rechtlosigkeit bezüglich Reisen in das nichtsozialistische Ausland nur fest. Diese Situation macht mich zum realexistierenden Eigentum der DDR und verletzt mich zutiefst in meiner menschlichen Würde. Außerdem bin ich von der Maßnahme der unbegründeten DDR-Arrestierung betroffen. Die Kehrseite dieser abgrenzungspolitisch begründeten Situation ist, daß viele DDR-Bürger Ausreiseanträge stellen, die DDR verlassen und nicht mehr zurück können. Die Lösung dieses Problems wäre einfach: Alle DDR-Bürger müßten in Ausübung ihres verfassungsmäßig garantierten Mitbestimmungsrechtes auch frei die DDR verlassen und auch zurückkehren dürfen.

Im weiteren Verlauf meiner Begründung möchte ich auf den Umgang mit andersdenkenden Menschen in unserer Gesellschaft eingehen, die sich in bisher noch gesetzwidriger Weise zu ihren Ansichten öffentlich bekennen. Es widerspricht meiner Vorstellung von Demokratie, daß beispielsweise Künstler mit Berufsverbot (Lizenzentzug) belegt werden können, nur weil der Inhalt ihrer Programme nicht den politisch-ideologischen Richtlinien der dafür verantwortlichen Funktionäre entspricht. Hierzu sei noch angemerkt: Die Kriminalisierung von andersdenkenden Menschen mit Hilfe der Paragraphen 99, 106, 107, 214-220, sowie der Verhängung von Landesarrest durch die Verweigerung von Reisen — selbst in sozialistische Länder -, bis hin zum Berufsverbot, widerspricht den internationalen Menschenrechtskonventionen, die die DDR-Regierung unterschrieben hat.

Bestes Beispiel für die innenpolitische Situation in der DDR sind die Vorgänge vom 16.6.88 und 19.6.88 in der Straße "Unter den Linden". Ich jedenfalls hatte den Eindruck, daß sich dort "Mitarbeiter einer kriminellen Vereinigung" mit ihren gezielten Angriffen auf akkreditierte Journalisten ganz klar rechtsfreie Räume schufen, ohne daß staatliche Organe (die vor Ort waren) einschritten.

Auch die jüngste außenpolitische Abgrenzung gegenüber anderen Ländern des Ostblocks, von denen die DDR-Regierung jahrzehntelang ihre Politik schlichtweg kopiert hat, ist für mich erschreckend. Da ich Kenntnis darüber habe, was Ausreisewillige in Rumänien zu ertragen haben, bin ich nicht imstande, mich zur neuerlichen politischen Annäherung der DDR-Regierung gegenüber Rumänien in einer sachlichen Weise zu äußern.

Auf Grund der von mir genannten Mißstände bzw. Fehlentwicklungen sowie der abzusehenden Beibehaltung dieses Kurses der DDR-Regierung habe ich Angst in diesem Staat, sowie vor dem, was morgen geschehen kann und übermorgen geschehen wird, und das Tag für Tag. Ich möchte endlich ein menschenwürdiges Leben führen, dies sehe ich für mich nur noch in Berlin (West) gewährleistet. Deshalb bitte ich Sie, mir die ständige Ausreise zu genehmigen.

Thorsten B.

Kasten 1 *Einer der Anträge auf ständige Ausreise aus der DDR von Thorsten B. (Januar 1989).*

Und dann erhielt ich es doch, das Visum zur ständigen Ausreise aus der DDR. Im Juli 1989 verließ ich den Ostteil mit der S-Bahn in Richtung Marienfelde. Auch wenn es verwunderlich klingt, ich empfand ein Gefühl der Normalität — des Freiseins. Einen Rückschlag gab es für mich noch einmal in Marienfelde, wo man doch tatsächlich versuchte, mich nach Westdeutschland abzuschieben. Jedoch wußte ich, daß man mich nicht gegen meinen Willen “ausweisen” durfte.

Das war geschafft. Jetzt hieß es, so schnell wie möglich alle Amtsgänge erledigen. Ich wollte schnellstmöglich den behelfsmäßigen Personalausweis bekommen, um die Einreise in den Ostteil zu beantragen. Tatsächlich befand ich mich nur 14 Tage später schon wieder in Ost-Berlin. Diesmal allerdings unter anderen Vorzeichen. Weitere Male folgten. Und am 9. November war es dann soweit, daß alle Menschen frei waren.

Ich habe fast zwei Jahre bei einem großen Autohändler in Lankwitz gearbeitet. Ich habe den Hauptschulabschluß nachgeholt und mache gerade den “erweiterten”. 1994 möchte ich dann eine Ausbildung im mittleren Beamten-dienst beim Bezirksamt beginnen.

In meinem späteren Beruf möchte ich nach Kräften sicherstellen, daß sich ein System, wie es in der DDR bestand, hier niemals etablieren kann.

Nachtrag: Ich glaube nicht, daß meine Aktivitäten im ehemaligen Ost-Berlin sonderlich mutig waren. Sie waren gut geplant und somit vergleichsweise ungefährlich. Viele, die wirklich Mut bewiesen haben, mußten ihr Leben für die Demokratie lassen. Deren Taten sollte man nie vergessen.

Ihr
Torsten B.

Bericht von Mike G., ca. 25 Jahre (zur Zeit in der Justizvollzugsanstalt)

Heute bin ich an einem Punkt angelangt, wo ich mich fragen muß: “Was ist falsch in Deinem Leben?!” — “Irgendetwas ist doch nicht in Ordnung”. Wie

aus meinem Absender zu erkennen ist, befinde ich mich im Strafvollzug. Leider! Doch bin ich fest davon überzeugt, daß die Gesellschaft einen Hauptanteil daran hat, daß es so ist, wie es jetzt ist. Mit dieser Behauptung möchte ich keineswegs behaupten, daß ich unschuldig bzw. ein Opfer der Justiz bin. Ich bin aber ein Opfer der Gesellschaft und ihrer Ordnung und Gesetzmäßigkeit.

Doch ich möchte nicht am Ende anfangen. Hier also “meine kleine Geschichte”. Ich werde versuchen, so objektiv wie möglich zu bleiben. Trotzdem werde ich diese “Geschichte” so “erzählen”, wie sie mir widerfahren ist, und vor allem, wie ich gefühlt und empfunden habe und es heute noch tue.

1975 fingen die Schwierigkeiten in der Schule an. Ich lehnte mich (so ist es heute noch) gegen alles auf, was über mir stand. Meine Eltern ließen sich 1977 scheiden. Ich kam ins Heim für “schwer erziehbare Kinder”. Dort blieb ich vier Jahre. Anschließend, dem “Kinderheimalter” entwachsen, wurde ich in den Jugendwerkhof eingewiesen (1981). Zwei Jahre machte ich dort meine Lehre als Teilfacharbeiter der Agrotechnik. Es gab keine anderen Lehrmöglichkeiten!!! 1983 wurde ich mit dem “Teilfacharbeiter der ‘Handarbeitskraft des Pflanzenbaus’” entlassen. Mir wurde eine Arbeit in einer Schnapsbrennerei (!) zugewiesen. Dort fing ich zu trinken an. Da gab es niemanden, der nicht “soff”! Nach drei Monaten folgte Arbeitsbummelei mit den Kollegen. Der Arbeitsvertrag wurde mir gekündigt mit der neuen Zuweisung in eine Bierbrauerei (!!!); mein Absturz wurde vorprogrammiert. Ich ging nicht zu dieser Arbeit. Es folgte ein Gerichtsverfahren wegen “Arbeitsbummelei” — Bewährung. Meinem Vater kündigte man die Stellung. Er war bei der Polizei (Er war zu diesem Zeitpunkt bereits sechs Jahre geschieden!). Im Dezember 1983 versuchte ich mit einem Freund die Flucht in die BRD über die CSSR. Es mißlang. Urteil: 1 Jahr Freiheitsentzug auf drei Jahre Bewährung ausgesetzt.

Ich hielt mich nicht lange. 3 Monate. Ich stahl ein Moped und bekam 6 Monate dafür, plus dem einen Jahr, was zur Bewährung ausgesetzt war. Ich kam in die Jugendstrafanstalt Dessau. Von dort entlassen, erhielt ich den “Ost-Paragraph-48”. Meldepflicht und Rechtlosigkeit. Mehr war dieser § 48 nicht.

Wegen “Meldeverstößen” wurde ich zu 2 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Nach der Entlassung aus dem Strafvollzug beging ich aus Geldmangel einen Raub. Resultat: 3 Jahre! Nach der Entlassung kam die Wende und ein Freund und ich verließen die ehemalige DDR über West-Berlin nach Hannover.

Im Übersiedlungslager Blankenburg bei Oldenburg gabelte uns ein “Anlageberater” von der Firma “S und S — Oldenburg” auf. Es waren Betrüger. Diese Firma machte Anfang diesen Jahres negative Schlagzeilen und existiert heute nicht mehr. Für diese Typen gingen mein Freund und ich “drücken”. Von Tür zu Tür. Man brauchte uns nicht mehr und setzte uns auf die Straße. Wir hatten kein Geld und keine Wohnung. Wir raubten jemandem die Brieftasche und wurden erwischt. Urteil: 1 Jahr und 6 Monate Freiheitsentzug für mich und 1 Jahr und 4 Monate für meinen Freund. Diese Strafe wurde zur Bewährung auf drei Jahre ausgesetzt. Aus der U-Haft entlassen, machten wir uns sofort auf dem Heimweg zu meiner Mutter in die DDR. Mein Freund hatte niemanden

und auch keine Wohnung mehr. Diese gab er kurz vor der Flucht in die BRD auf.

Nun standen wir da. Ohne Wohnung; ohne Arbeit; ohne Geld — Sozialhilfe.

Die Zeit in der BRD verbrachten wir immer einer an der Seite des anderen. Und die Härte und Kälte des Kapitalismus ließ uns zu unzertrennlichen Freunden verschmelzen. Irgendwann war auch die Grenze zwischen Freundschaft und einer partnerschaftlichen eheähnlichen Beziehung überschritten.

Zurück in der DDR lernte ich dann eine Frau kennen, die mich zu lieben anfang. Es war die erste richtige Liebe, die ich erfuhr. Sie war 8 Jahre älter als ich, hatte vier Kinder und ließ sich scheiden — wegen mir! Daß dieses Verhältnis meinem Freund nicht gefiel, war klar. Ich war hin- und hergerissen. Wollte ich doch meinen Freund nicht vor den Kopf stoßen. Wir hatten zuvieles gemeinsam durchgestanden. Es war mein bester und einziger Freund. Dadurch litt auch das Verhältnis zu meiner Freundin. Auch war ich nicht konsequent genug, einen Schlußstrich zu ziehen, wo es nötig gewesen wäre. Durch diese Inkonsequenz bröckelten so nach und nach beide Beziehungen. Das jähe Ende war der Bruch beider Verhältnisse. — Mein Freund “spannte” mir meine Freundin “aus”. Ich kündigte ihm sofort die Freundschaft auf. Meine Freundin hatte ich aber auch verloren.

Ausgerechnet in dieser “Tiefst-Krisen-Zeit” lernte ich jemanden kennen, der mir das zu geben schien, was ich gerade so schmerzlich verloren hatte. Zärtlichkeit, Geborgenheit, Zweisamkeit und Liebe. Um nicht wieder alleine zu sein, tat ich alles für ihn. Ich hatte Angst ihn zu verlieren. Er war einer von 10 bis 12 jungen Leuten, die sich die “Heppenheimer Clique” nannten. Er machte mich mit seinen Freunden bekannt. So nach und nach gewöhnte man sich aneinander. Von der Beziehung zu mir merkte niemand etwas. Ich gehörte auch irgendwann zu diesen Leuten. Mir gefiel ihre Musik, wir hatten die gleichen Ansichten, obwohl ich ca. 5 Jahre älter bin. Doch das Wichtigste was uns verband war: Zukunftsangst, Orientierungslosigkeit und Traurigkeit. Wir waren allesamt “Kinder der Straße”. Es fing mit Rechtsradikalismus an. Ausländerfeindlichkeit, Wut, Hoffnungs- und Ratlosigkeit. Diebstähle dienten dazu, Geld zu “verdienen”. Von allen angesprochenen Dingen (Hoffnungslosigkeit, etc.) war es bis zum Übergang in die Kriminalität nur ein ganz kurzer Schritt. Jetzt bin ich wieder in der Justizvollzugsanstalt. Wegen Autodiebstahl. Alle anderen sind wieder “draußen”. Ich habe jetzt den Widerruf meiner Bewährungsstrafe aus Oldenburg abzusetzen. Irgendwann werde ich noch die Gerichtsverhandlung wegen der Autodiebstähle haben. Meine Mittäter sind ausschließlich “Jugendliche”. Sie werden vom Gesetz verschont werden — ich nicht! Ich bekomme die volle Härte des Gesetzes zu spüren. Da ich ja obendrein “vorbestraft” bin, habe ich nicht die geringste Chance.

Soll ich allen Ernstes diese Gesellschaft, mit ihrer vernichtenden Ordnung für sozial Schwache und an den Rand, ins Abseits Gedrängten, akzeptieren?!

Ich werde versuchen, in meinem Leben etwas zu tun, damit sich etwas ändert. Die Welt werde ich nicht ändern! — Oder doch ... ??

Ihr Mike G.

Briefe der Untersuchungsteilnehmer

Erster Brief von Petra B. — Oktober 1990

Werte Herren!

Ich erlaube mir, Ihnen noch etwas hinzuzufügen, auf das Ihr Fragebogen nicht eingegangen ist. Nach einem 3/4 Jahr hatte sich die Situation im Heim so zugespitzt, daß es für einen arbeitenden Menschen unerträglich war, dort zu leben. "Soziale Notfälle", die nicht arbeiten gingen, wurden bevorzugt und haben durch ewige Streitereien, an die Wände klopfen, Trinken und Prügeln, sowie körperliche Belästigung oft einem das Leben zur Hölle gemacht. Ich selbst war Ende April so fertig, daß ich aus dem Fenster springen wollte. Man wollte mich aus einem 2-Bettzimmer nehmen und mich — als vollen Schichtarbeiter — in ein 4-Bettzimmer verlegen. Innerhalb von 3 Tagen sollte ich sofort umziehen. Kein Verständnis von Seiten der Heimleitung. Im Haus herrschte totaler Rassenhaß gegenüber Polen. Einem Arbeitskollegen habe ich es zu verdanken, daß ich meine Situation lösen konnte, denn er nahm mich in seine 3-Raumwohnung als Untermieter auf. Keine Lebensgemeinschaft, sondern Untermiete.

Herzlichst Petra B.

Zweiter Brief von Petra B. — August 1991

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich sende Ihnen heute Ihren Fragebogen zurück. Bitte lassen Sie mich noch ein paar private Bemerkungen dazu machen. Ich habe mich in West-Berlin sehr gut eingelebt und keine 100 Pferde würden mich mehr in den Ostteil der Stadt bringen. Wahrscheinlich ist das aber auch eine Prinzipfrage. Ich arbeite bei der XY und viele wissen, daß ich eine ehemalige DDR-Bürgerin war. Man hat mich völlig akzeptiert, und ich habe viele Freunde gefunden. Eine guter Freundeskreis, der vor mir übersiedelte, ist auch geblieben. Wir halten alle zusammen. Was sich verschlechtert hat — und das höre ich häufig — ist die Verbindung zu eigenen Geschwistern oder generell Verwandten. Ihre Raffgier ist nicht zu zügeln, und sie verlieren alle ihre menschlichen Werte und Vorzüge. Meine Geschwister sehe ich nur ganz selten, und ich vermisse sie nicht. Ich wünsche mir selbst weiterhin Gesundheit und Schaffenskraft, um alles an Reisen nachholen zu können, was mir verborgen blieb. Ihnen wünsche ich viel Erfolg bei Ihrer weiteren Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Petra B.

Brief von Kerstin H. — November 1990

Werter Prof. Dr. Schwarzer!

Recht herzlichen Dank für Ihren 2. Fragebogen, welchen ich mit Gefühlen ausfüllte, die jetzt nach einem Jahr ganz andere sind. Jetzt, wo mein Mann und ich eine glückliche Familie sind, 2 gesunde Jungen haben (im März 1990 wurden unsere Zwillinge geboren) und sehr zufrieden bin, hat es sich gelohnt, den wohlüberlegten Schritt unserer geplanten Übersiedlung zu machen. Unser Leben hat sich eklatant verbessert, wir besitzen eine wunderschöne Wohnung, mein Mann hat seit Oktober 1989 eine ausfüllende Arbeitsstelle, und ich genieße es, Mutter zu sein. Wir haben keine größeren Schwierigkeiten; hier und da treten natürlich Probleme auf (meist mit Behörden), aber letztendlich werden wir mit den Dingen fertig. Wir haben gekämpft und wußten immer, was wir wollten. Die Zeit (7 Monate) im Wohnheim ist nicht vergessen, aber wir hatten mit vielem gerechnet. Schließlich siedelt man ja nicht von heute auf morgen einfach in ein anderes Land mit vollkommen anderen Gewohnheiten und Lebensumständen um.

Ihre Fachrichtung Psychologie interessiert mich sehr, da ich Sportwissenschaft studiert habe und mein Diplomarbeitsthema sich ebenfalls mit Psychologie befaßte, natürlich mit einem anderen Thema. Aufgrund meines Ausreiseantrages und meiner damaligen nicht sozialistisch überzeugten Ansichten durfte ich mein Studium bis zum Abschluß nicht fortsetzen. Natürlich möchte ich nicht mein Leben lang Hausfrau sein, eventuell würde ich mein begonnenes Studium fortsetzen. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mir einen Hinweis geben könnten, vielleicht können Sie mich auch anrufen.

Für Ihr Verständnis und für Ihre Zeit, um meinen Brief zu lesen, bedanke ich mich sehr.

Hochachtungsvoll

Kerstin H.

Brief von Kirsten R. — August 1990

Sehr geehrter Prof. Dr. Schwarzer!

Mit Interesse habe ich Ihren Fachbeitrag "Psychische und körperliche Gesundheit von Übersiedlern aus der DDR" [Schwarzer & Jerusalem, 1990; *Anm. des Verfassers*] studiert, bin ich doch selbst mit viel Nervenkitzel mit meinem Mann und unseren zwei Söhnen über Moskau — Budapest — Hammelburg nach Berlin gekommen. Sie haben die Um-

stände/Anlässe zum Übersiedeln anhand von drei Szenarios charakterisiert. Ich bin jedoch der Meinung, daß es vier sind. Eine große Gruppe von Menschen in der DDR haben sich durch unbefriedigende Arbeit im Betrieb, durch den immer größer werdenden Widerspruch zwischen Sozialismus-Theorie (die ja nicht schlecht ist) und sozialistischer Praxis, durch persönliche Zwänge, die immer enger wurden, sowohl beruflich als auch privat und nicht zuletzt durch die Mangelwirtschaft bereits längst vom Staat DDR distanziert, abgenabelt. Als dann noch im Sommer 1989 die Flucht über Ungarn ausführbar und realisierbar wurde, machten sich die Beherzten aus der o. g. Gruppe auf den Weg, denn schlimmer konnte es nicht werden. Gerade viele Dreißigjährige mit Kindern, die ein gutes Stück ihres Arbeitslebens bereits hinter sich hatten und keine Erfolge (sowohl moralisch als auch materiell) zu verzeichnen hatten, sahen die Flucht als Ausweg, um sich selbst neue Ziele setzen zu können und vor allem ihren Kindern einen besseren Start in die Erwachsenenwelt zu ermöglichen.

Ich glaube, wer nicht in der DDR gelebt hat, kann sich in die Gedankenwelt der DDR-Bürger und Übersiedler nur sehr schwer hineinversetzen. In welch' großem Gefängnis wir saßen, wird mir jedesmal klar, wenn ich an den noch vorhandenen Grenzanlagen vorbeifahre.

Mit freundlichem Gruß

Kirsten R.

Brief von Michael D. — September 1990

Sehr geehrter Prof. Dr. Ralf Schwarzer!

Ich habe gerne den Fragebogen für Sie ausgefüllt. Ich möchte aber gleichzeitig auf meine damalige Situation in der ehemaligen DDR aufmerksam machen. Sie müssen in bezug auf die von mir beantworteten Fragen von folgendem ausgehen:

1. Ich war 16 Monate im Gefängnis, davon knapp 9 Monate beim ehemaligen MfS [Ministerium für Staatssicherheit, *Anm. des Verfassers*]

2. Ich möchte Sie weiter bitten zu berücksichtigen, das meine Eltern (Vater wie Mutter), Schwestern, wie auch mein Bruder im ehemaligen MfS tätig waren.

Dadurch kam meine Isolation zustande und mein Willen, aus diesem Ring auszubrechen. Vielleicht hilft Ihnen das bei Ihrer Auswertung weiter.

Hochachtungsvoll

Michael D.

Brief von Kerstin L. — Oktober 1990

Lieber Prof. Dr. Ralf Schwarzer!

Es tut mir leid, daß ich den Fragebogen nicht früher abgeschickt habe, aber ich stecke zur Zeit in einer tiefen seelischen Krise und bitte deshalb noch einmal um Entschuldigung. Deshalb habe ich eine kleine Bitte an Sie. Wo gibt es Beratungsstellen, an die ich mich wenden kann? Es wäre für mich sehr wichtig. Nicht nur, weil mich die Probleme derzeit belasten, sondern auch das, was hinter mir liegt. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie zurück schreiben würden oder Sie mir wenigstens ein paar Beratungsstellen, wo ich mich hinwenden kann, nennen würden. Im voraus Dankeschön.

Mit freundlichen Grüßen

Kerstin L.

P.S. Ich würde mich freuen, wenn ich Sie auch telefonisch mal sprechen könnte. Bitte entschuldigen Sie diesen Brief, aber es ist wichtig für mich.

Abschließend sollte noch erwähnt werden, daß alle Briefe selbstverständlich persönlich beantwortet wurden. Auch wurde unter Anleitung des Verfassers von den Praktikanten und Diplomanden des Forschungsprojekts eine Beratungsbroschüre erstellt, die allen Teilnehmern der Untersuchung zusammen mit ihrem Fragebogen übersandt wurde.

Literatur

- Adamy, W. (1990). Die Integration von Aus- und Übersiedlern in den bundesdeutschen Arbeitsmarkt. *Arbeit und Sozialpolitik*, 39 (7), 254-257.
- Ahrends, M. (1989) (Hrsg.). *Mein Leben, Teil zwei. Ehemalige DDR-Bürger in der Bundesrepublik*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Andres-Wilhelm, K. (1990). Zur Eingliederung von Aussiedlern in die Bundesrepublik: Ergebnisse einer empirisch-psychologischen Untersuchung. *Sozialpädagogik*, 32 (4), 178-180.
- Büttner, T. & Prinz, C. (1991). Structure and impact of German East-West migration. In W. Lutz (Ed.) *Future demographic trends in Europe and North America: What can we assume today?* (chap. 19, pp. 379-398). London: Academic Press.
- Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (1961). *Die Flucht aus der Sowjetzone und die Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13. August 1961 in Berlin*. Bonn, Berlin: Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen.
- Brenske, P. (1992). *Bauarbeiter aus der DDR. Eine empirische Untersuchung über gruppenspezifische Merkmale bei Flüchtlingen und Übersiedlern der Jahre 1989 und 1990*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Conrad, T. (1992). Die Aussiedlung und Eingliederung von Aus- und Übersiedlern aus der Sicht der Bundesregierung. In W. Lanquillion (Hrsg.). *Dokumentation über die Eingliederungsarbeit für und mit Aussiedlern (1986-1991)* [Diakonisches Werk der

- evangelischen Kirche in Deutschland e.V.] (S. 413-424). Stuttgart: Verlagswerk der Diakonie GmbH.
- Evangelischer Pressedienst (1989). Eingliederung von Aussiedlern. Fakten, Daten und Anregungen für die Eingliederungsarbeit. *epd-Dokumentation Nr. 1/89*. Frankfurt am Main: Haus der Evangelischen Publizistik.
- Findeisen, H.-V. (1990). Überlegungen zu drei Jahrzehnten Fluchtberichterstattung. *Medium*, 20 (4), 30-33.
- Fleischer, H. & Proebsting, H. (1989). Aussiedler und Übersiedler — zahlenmäßige Entwicklung und Struktur. *Wirtschaft und Statistik*, 41 (9), 582-589.
- Gehrmann, M. (1992). *Ausreise als soziales Muster — Zum Beitrag der DDR-Auswanderer der 80er Jahre zur Destabilisierung des SED-Regimes*. unveröffentlichtes Vortragsmanuskript. 26. Deutscher Soziologentag — Düsseldorf, 1.10.1992.
- Grundmann, S. (1990). Außen- und Binnenmigration der DDR 1989. Versuch einer Bilanz. *Deutschland Archiv*, 22 (9), 1422-1432.
- Grundmann, S. & Schmidt, I. (1992). Übersiedlung aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz des Jahres 1989. In D. Voigt & L. Mertens (Hrsg.). *Minderheiten in und Übersiedler aus der DDR* (Kap. 2, S. 39-51). Berlin: Duncker & Humblot.
- Haberland, J. (1991). *Eingliederung von Aussiedlern und Zuwanderern: Sammlung von Texten, die für die Eingliederung von Aussiedlern aus den osteuropäischen Staaten von Bedeutung sind* (5. überarbeitete und erweiterte Auflage). Leverkusen: Heggen-Verlag.
- Hilmer, R. & Köhler, A. (1989). Der DDR läuft die Zukunft davon. Die Übersiedler-/Flüchtlingswelle im Sommer 1989. *Deutschland Archiv*, 22 (12), 1383-1388.
- Hirschmann, A.O. (1992). Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik. *Leviathan*, 20, 330-358.
- Köhler, A. (1990). Ist die Übersiedlerwelle noch zu stoppen? Ursache — Erfahrungen — Perspektiven. *Deutschland Archiv*, 23, 425-431.
- Kuran, T. (1989). Sparks and prairie fires: A theory of unanticipated political revolution. *Public Choice*, 61, 41-74.
- Leidecker, G., Kirchhöfer, D. & Güttler, P. (1991) (Hrsg.). *Ich weiß nicht, ob ich froh sein soll: Kinder erleben die Wende*. Stuttgart: Metzler.
- Meck, S., Belitz-Demriz, H. & Brenske, P. (1992). Soziodemographische Struktur und Einstellungen von DDR-Flüchtlingen/Übersiedlern: Eine empirische Analyse der innerdeutschen Migration im Zeitraum Oktober 1989 bis März 1990. In D. Voigt & L. Mertens (Hrsg.). *Minderheiten in und Übersiedler aus der DDR* (Kap. 1, S. 9-38). Berlin: Duncker & Humblot.
- Ronge, V. (1985). *Von drüben nach hüten. DDR-Bürger im Westen* (2. Aufl.). Wuppertal: Verlag 84 Hartmann + Petit.
- Ronge, V. (1992). Übersiedler aus der DDR — Ein Minderheitenproblem? In D. Voigt & L. Mertens (Hrsg.), *Minderheiten in und Übersiedler aus der DDR* (Kap. 3, S. 53-65). Berlin: Duncker & Humblot.
- Schulz, E. (1990). *Auswirkungen des Zuzugs von Aus- und Übersiedlern auf die Altersstruktur der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland* (Diskussionspapier Nr. 6). Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin.
- Schumann, F. (1990) (Hrsg.). *100 Tage, die die DDR erschütterten*. Berlin: Elefanten Press.
- Schumann, K.F., Kaspras, H., Gehrmann, M. & Dietz, G.-U. (1990). Integration von DDR-Bürgern und Bürgerinnen in der Bundesrepublik Deutschland. *Innovation*, 3 (4), 713-727 [Sonderheft Europe — Continent of Migration?].

- Schützsack, A. (1990). *Exodus in die Einheit: die Massenflucht aus der DDR 1989* [Deutschland-Report 12]. Melle: Verlag Ernst Knoth.
- Schwab, S. (1990). *Deutsche unter Deutschen. Aus- und Übersiedler in der Bundesrepublik*. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft.
- Schwarzer, R. & Jerusalem, M. (1990). Psychische und körperliche Gesundheit von Übersiedlern aus der DDR. *Psychomed*, 2, 108-110.
- Statistisches Jahrbuch der DDR (1989). *Statistisches Jahrbuch der DDR — Jahrgang 34*. Berlin (Ost): Staatliche Zentralverwaltung für Statistik.
- Taureg, U. & Weiß, T. (1990). Der kurzfristige Nachfrageimpuls des Zustroms von Aus- und Übersiedlern. *Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) — Mitteilungen*, 41 (1/2), 169-181.
- Ulrich, R. (1990). *Die Übersiedlerbewegung in die Bundesrepublik und das Ende der DDR*. Berlin: FIB Papers, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung [P 90-302].
- Voigt, D., Belitz-Demiriz, H. & Meck, S. (1990). Soziodemographische Struktur und Einstellungen von Flüchtlingen/Übersiedlern aus der DDR vor und nach Grenzöffnung. *Deutschland Archiv*, 23, 732-746.
- Wagner, M. (1989). *Räumliche Mobilität im Lebenslauf. Eine empirische Untersuchung sozialer Bedingungen der Migration*. Stuttgart: Enke.
- Weizsäcker, R. von (1990). *Rede anlässlich des Staatsaktes zum Tag der Deutschen Einheit in der Philharmonie zu Berlin am 3. Oktober 1990*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Wendt, H. (1991). Die deutsch-deutschen Wanderungen — Bilanz einer 40jährigen Geschichte von Flucht und Ausreise. *Deutschland Archiv*, 24 (4), 386-395.
- Zenke, K.G. (1989). Aufbau einer neuen Lebenslage in der Bundesrepublik. *Zeitschrift für internationale erziehungs- und sozialwissenschaftliche Forschung*, 6 (2), 347-359.